



AMERIKA/BRASILIEN - Bischöfe beklagen Zunahme der Gewalt in Mato Grosso: „Unrecht führt zu Gewalt“

Mato Grosso do Sul (Fidesdienst) – “Ungerechtigkeit führt immer zu Gewalt”, so die Bischöfe der Region Mato Grosso do Sul, im Westen Brasiliens, in einer am 5. Juni veröffentlichten Erklärung zu den jüngsten Ausschreitungen in der Region, wo Indios die Rückgabe des Landes ihrer Vorfahren fordern, was die derzeitigen Landbesitzer ablehnen. In drei Staaten der Region war es deshalb zu gewaltsamen Protesten gekommen, bei denen bisher drei Menschen starben und viele verletzt wurden. Die Regierung will Soldaten in der Region stationieren. „Der jahrzehntelange schmerzliche Konflikt zwischen Landwirten und Indios fordert jedes Jahr Opfer auf beiden Seiten“, heißt es in dem Dokument, das dem Fidesdienst vorliegt. „Seit langem wissen wir (eine entsprechende Erklärung wurde 2009 veröffentlicht), dass es so nicht weitergehen kann, denn es demütigt uns gegenüber der Weltöffentlichkeit, wenn viele brasilianischen Staatsbürgern Unrecht widerfährt. Und Unrecht führt immer zu Gewalt!“.

Die Bischöfe erinnern daran, dass „ganz Brasilien, auch Mato Grosso do Sul, das Land der Indios ist. Deshalb ist es eine Pflicht der Gesellschaft – die von der Regierung vertreten wird – für Indiovolker Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, aus eigener Kraft zu ihrer Entwicklung beizutragen. Es darf nicht länger wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit bestehen, die ihnen die Menschenwürde nimmt“.

„Deshalb fordern wir von den zivilen, gerichtlichen und militärischen Behörden des Landes sich von den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Weisheit leiten zu lassen, wenn es um das Ergreifen dringend notwendiger konkreter Maßnahmen geht. Und wir bitten alle Menschen guten Willens – Indios, Landwirte und andere Konfliktparteien – sich durch den Dialog um eine Lösung des Problems zu bemühen und unseren Staat nicht länger mit Blut zu beschmutzen.“, so die Bischöfe weiter.

Abschließend wünschen sich die Bischöfe eine „gerechte und dauerhafte Lösung der Indio-Frage in Mato Grosso do Sul, unter Achtung des Rechts auf das Gemeinwohl für alle“. (CE) (Fidesdienst, 06/06/2013)